

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang
Dresden, Dienstag den 19. April 1932
Nummer 91

Angriff auf Schied-Diktatur!

Kämpft mit der KPD für Arbeit und Brot . Zerschlagt die arbeiterfeindlichen Manöver der SPD Beg mit den parlamentarischen Illusionen . Verstärkt den Massenkampf gegen Hitlerfaschismus

Die kommunistische Landtagsfraktion hat an den Präsidenten des Sächsischen Landtages, den Abgeordneten Herr Präsident!

Sie haben für Dienstag, den 26. April die erste Sitzung des Plenums des Landtages nach seiner Vertagung einberufen. Auf der Tagesordnung steht nach den bisher vorliegenden Meldungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse als 1. Punkt der Tagesordnung: „Das Verbot“ des Reichstages, und als 2. Punkt Anträge und Entwürfe über Nationalität und Polizei. In der sozialdemokratischen Presse wird betont, daß der Landtag durch die Volksentscheidungsaktion an ernsthafte Arbeit gehindert worden ist.

Dieser Landtag hat zwar schon mehrfach Beschlüsse angenommen, die von der Schiedsregierung nicht durchgeführt werden, und die Schiedsregierung wird auch weiterhin Mehrheitsbeschlüsse des Landtages, wenn sie den Interessen der arbeitenden Klassen nicht voll entsprechen, unberücksichtigt lassen und in den Papierkorb werfen.

Die mehrfachen Vorläufe der kommunistischen Partei gegen diese Schiedsregierung, die weder die Arbeitsbeschaffungsanträge, die vom Landtag beschlossen wurden durchgeführt, noch gegen das Nazitreiben im Staatsapparat, speziell bei den Polizeibehörden auftritt, sondern vielmehr die Nazitreiben allgemein fördert, wurde von der Mehrheit des Landtages, von den Sozialdemokraten und Konservativen bis zur Sozialdemokratischen Partei abgelehnt. Im Kampf gegen den Volksentscheid wurde durch diese Parteien, die reaktionäre Schiedsregierung ebenfalls gestützt und gestärkt.

Es handelt sich also bei dem Volksentscheid nicht darum, „ernsthafte Arbeit“ zu verhindern, sondern vielmehr, ein Hindernis zu schaffen, um den Kampf des Proletariats für Arbeit und Brot, in seinem Kampf gegen die faschistische Reaktion, im Kampf für seine Befreiung.

„Ernsthafte Arbeit“? Das müssen solche Maßnahmen sein, die wirklich etwas zur Beseitigung der ungeheuerlichen Not der Massen des sächsischen Proletariats, gerade bei in Sachsen besonders unter der Arbeitlosigkeit leidenden Schichten beitragen.

Die Nachlese über den Reichstagsbescheid dient aber lediglich dazu, den Interessen der erwerbslosen Massen, die wir unterstützen, doch in erster Linie in dieser ersten Sitzung

Die Frage der Arbeitsbeschaffung für die sächsischen Erwerbslosen

Wir überreichen dem Landtag einen Antrag, der eine Wiederholung mehrerer von uns gestellter Forderungen darstellt, in dem wir die Durchführung der schon gefassten Beschlüsse über Arbeitsbeschaffung fordern. Wir halten die Beratung des Antrages für eine dringende Notwendigkeit und wenden uns gleichzeitig mit der Einreichung dieses Antrages gegen solche Manöver, die eine Arbeitsbeschaffung erneut von den Maßnahmen der Reichsregierung abhängig machen wollen. Wir ersuchen Sie, diesen unseren belagerten Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Wenn die entscheidenden Parteien im Landtag, auch die Partei, der Sie, Herr Präsident, als Mitglied angehören, die Pflicht gehabt hätten, im Interesse der ärmsten Schichten zu handeln, hätten Sie sehr wohl die Möglichkeit gehabt, den Landtag zu einer Tagung zusammenzubringen, um die neue, während dieser Zeit der Vertagung getragene auf die ärmsten Schichten der Arbeiter fallende Belastung

Durch Herabsetzung der Mietzinssteuer

abzumildern. Dadurch, daß die sächsische Regierung keineswegs die Möglichkeiten, die selbst die Reichsnotverordnung offen läßt, die höchste Mieterbelastung von den Gemeinden oder dem Staat zu übernehmen, ausgenutzt hat, müssen jetzt diejenigen Mieter, die als Wohlfahrts- oder als Erwerbslosenunterstützungsgewinnung von der Mietzinssteuerzahlung befreit waren, die nachgelagerte Mietzinssteuer in erhöhtem Maße an die Hausbesitzer abtragen. Wir stellen den Antrag, daß sofort und unverzüglich diese Belastung der ärmsten Schichten dadurch aufgehoben wird, daß

die Mittel für diese erhöhte Mietzahlung für Hausbesitzer, deren Einkommen 5000 Mark nicht übersteigt, durch die Gemeinde bzw. den Staat übernommen wird,

aber an solche Hausbesitzer, deren Einkommen über den oben angegebenen Betrag hinausgeht, diese erhöhten Mieten nicht überwälzt werden. Wir ersuchen diesen, weite Schichten des sächsischen Proletariats betreffenden Antrag als zweiten Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung vom 26. April zu setzen.

Bei der Durchführung von Maßnahmen gegen die SA und die in Sachsen wurde nach den Berichten der bürgerlichen Presse festgestellt, daß bei der sächsischen Polizei in Dresden der Oberkommandant Wirth alias Weber als SA-Führer der Nationalsozialisten tätig war. Die KPD-Fraktion hat einen Antrag

Gegen die Hitlerfaschisten in der Polizei

gegen die Hitlerfaschisten in der Polizei gestellt, ein Verbot und wir ersuchen, daß auch dieser Antrag, der vorige

Indem wir diese Anträge einbringen und bei Ihnen die Beratung dieser Anträge beantragen,

sagen wir gleichzeitig den sächsischen Arbeitern, keine Illusionen, ihr werdet aus der Tätigkeit dieses Landtages und an den Maßnahmen der von den Nationalsozialisten und Konservativen bis zu den Sozialdemokraten gestützten Schiedsregierung erkennen, daß alle eure Illusionen über Hilfe auf parlamentarischem Wege und durch die Regierung der Bourgeoisiediktatur verschwinden müssen.

Ihr werdet von der Schiedsregierung weder Arbeit bekommen, noch wird sie gegen die Hilferufen vorgehen. Sie wird vielmehr im engsten Zusammenhang mit weiterem Lohnabbau und Unterdrückungsmaßnahmen, die Entwicklung des faschistischen Terrors betreiben.

Wir sagen damit den Arbeitern gleichzeitig, die volle Verantwortung dafür, daß diese Schiedsregierung weiter besteht, trägt die SPD.

Die SPD hat den Massen die Schiedsregierung als das „kleinere Übel“ bezeichnet. Sie hat auch eine Anzahl Anträge an das Parlament gestellt von denen sie weiß, daß die Schiedsregierung sie nie durchführen wird.

Unsere Anträge sollen die wirkliche Haltung der Schiedsregierung vor den Massen aufzeigen. Darum fordern wir ihre schnellste Beratung.

Wir ersuchen, uns Ihre Antwort auf die von uns beantragte Festlegung der Tagesordnung baldmöglichst zugehen zu lassen.
Dresden, 18. April 1932 Für die komm. Fraktion: Kenner und Genossen.

Woche der Landtagsfraktion zugewandt, mit auf die Tagesordnung gestellt wird.

Wir greifen aus der Anzahl der vorliegenden Anträge und Aufgaben für die sächsischen arbeitenden Massen drei wichtige Fragen heraus. Wir stellen diese Fragen vor der breitesten Arbeiteröffentlichkeit. Nicht deswegen, weil wir diesen Arbeitern glauben machen wollen, wie das insbesondere von Seiten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion geschieht, daß die reaktionäre Schiedsregierung Maßnahmen für die Arbeiter, Maßnahmen für die Erwerbslosen, Maßnahmen gegen den Hitlerfaschismus durchführt, sondern vielmehr,

um gerade vor den arbeitenden Massen den reaktionären arbeiterfeindlichen Charakter der Schiedsregierung aufzuzeigen.

Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen

Antrag.

In Sachsen befindet sich, noch stärker als im Reich, die Erwerbslosenzahl immer noch in einer steigenden Bewegung, die Entlassungen werden weiter durchgeführt, die Zahl insbesondere der Wohlfahrtsunterstützungsgewinnung wächst, die Arbeiter, die aus der Unterstützung ausscheiden und damit einem unglücklichen Elend ausgeliefert sind, werden immer zahlreicher.

Imperialistische Kriegstreiber gegen die Sowjetunion

Schlag auf Schlag fallen Provokationen

Der Sekretär der Ostbahn und 50 Sowjetbürger von Japanern verhaftet . Weißgardistenüberfall auf Bahnverwaltung . Provokationen gegen Weltproletariat gerichtet

Chorbin, 18. April 1932. (Eig. Drahtber.)

Der russische Sekretär der Ostbahn und 50 andere sowjetische Staatsangehörige wurden heute von den Japanern verhaftet. Die meisten der Verhafteten wohnen seit Jahren in Chorbin. Gründe für die Verhaftung wurden nicht angegeben.

Die Informationen der europäischen Weißgardistenpresse erweisen sich als richtig: Mit Einsetzen der Schneeschmelze in der Mandchurien steigern sich die sowjetfeindlichen Provokationen, spielt sich die Lage an der Sowjetgrenze in raschem Tempo zu.

Am Sonntagabend bereits veranstalteten 500 bewaffnete Weißgardisten eine Demonstration vor dem Gebäude der Ostbahn in Chorbin und riefen laute Drohungen gegen den sowjetischen Teil der Verwaltung aus. Die Weißgardisten kletterten das Gebäude und drangen ins Zimmer des stellvertretenden sowjetischen Direktors ein. Gleichzeitig wurde der Vorsteher der Direktion der Ostbahn, Kujnesow, aus der Straße bedrängt. Er mußte im Auto flüchten.

Der mandchurische Konsul in Blagoweschensk hat sich an den Sowjetprotektionen dadurch beteiligt, daß er Chiffre-Telegramme mit der gefälschten Unterschrift des Protektioners Ma ins Ausland sandte. So entstanden die Gerüchte, General Ma sei auf Sowjetterritorium geflüchtet. Die Sowjetregierung hat die Abberufung des Konsuls gefordert.

Die eigene Ruhe, mit der die Sowjetunion die Kriegspro-

provokationen aushält und abwehrt, die selbstverständlichen Maßnahmen, die der proletarische Staat für die Aufrechterhaltung des Friedens trifft, lassen die japanischen Kriegstreiber in helle Wut. Sie, deren Weißgardistentruppen mit Dynamit den Frieden zu sprengen suchen, die Provokation auf Provokation häufen, bezichtigen jetzt als erlappete Betrüger die Sowjetregierung der Kriegsvorbereitungen. Ihr Strohmann Pui ließ erklären, die Vorbereitung auf Abberufung des Konsuls aus Blagoweschensk sei ein „unfreundlicher Akt“ gegen den Mandchurenstaat, und die japanische Regierung bezieht sich, zu erklären, daß sie in den „Streit“ zwischen der Sowjetunion und der Mandchurien einzutreten bereit sei. Gleichzeitig sanken die japanischen Telegrammagenturen Meldungen über trübsinnigen Zustand der Sowjetgrenzen und harter Truppenzusammenziehung in alle Welt, um den hundertfach bewiesenen Friedenswillen der Sowjetunion zu distanzieren.

Rückhalt und Unterstützung erhalten sie dabei insbesondere in der französischen Presse und durch den Sozialdemokraten Paul Boncour, der als Leiter des Neuschweizer-Ausschusses des Völkerverbundes Japan vollkommen freie Hand in China zugesichert hat.

Die Reihe von unerhörten Provokationen zeigt, daß der japanische Imperialismus und die hinter ihm stehenden Imperialisten der anderen Länder keine Mittel unersucht lassen, um den Krieg gegen die Sowjetunion zum Ausbruch zu bringen. Gedächtnis der gesamten internationalen Proletariats ist das Schicksal der Stunde.